



# UNSER ORT

- Postwurfsendung -

UO Nr. 68 · Oktober 2010



# BÜCKER

WEINHAUS

An der Bleiche - 49413 Dinklage | [www.weinhaus-bücker.de](http://www.weinhaus-bücker.de)  
Tel. 0 44 43 / 7 51

Bevor die **Getränke** ausgehen...  
...besser auf **Kommission\*** kaufen!

*\*Nichtangebrochene Getränke Ihres Einkaufs bei uns  
geben Sie einfach wieder zurück.  
Sie zahlen nur die tatsächlich verzehrten Getränke*



## ...Urlaubsreif?



# KOHORST

Reisen

Bustouristik & Reisebüro

Buchungshotline:  
0 44 43 - 50 71 900

[www.kohorst-reisen.de](http://www.kohorst-reisen.de) | [info@kohorst-reisen.de](mailto:info@kohorst-reisen.de)  
Holthausstr. 10 - 49413 Dinklage

## Berlin: Selbst verschuldet?

„Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient, sonst hätte es eine andere gewählt“, so eine bekannte philosophische Aussage. Nach einem Jahr schwarz-gelber Bundesregierung muss aber die Frage gestellt werden: „Hat ein Volk diese Regierung verdient?“ Von einem Fehlstart kann nach einem Jahr nicht mehr die Rede sein. Ein sog. Beschleunigungsgesetz, welches das eigene Klientel wie Hoteliers entlastet, im Gegenzug den Kommunen und Bürgern vor Ort aber den finanziellen Handlungsspielraum nimmt – Freiflüge für die eigenen Leute und Unterstellung spätrömischer Dekadenz für ALG II-Empfänger – Rücknahme vollmundig versprochener Steuersenkungen und im Gegenzug Mehrbelastung durch die Gesundheitsprämie – orientierungslos in der Griechenlandkrise – Lobbypolitik für die Atomindustrie – Rücktritte auf breiter Front. Die gesamte Bilanz und somit die Arbeitsweise der Regierungsparteien sind desaströs.

Die Bundes-SPD, bei der Wahl in die Opposition geschickt, hat die Botschaft der Wähler angenommen, sich vom ersten Schock erholt sowie personell und inhaltlich neu aufgestellt. Dabei hat sie in der Afghanistan-Frage oder bei der Griechenlandhilfe staatstragende Verantwortung gezeigt, während sich die FDP auf die Seite der Spekulanten gestellt hat. Zu Recht hätte die FDP heute bei Neuwahlen größte Schwierigkeiten wieder in den Bundestag einzuziehen. „So wenig FDP wie möglich“ scheint das neue Ziel der Wähler zu sein. Nicht wenige in der Union wünschen sich wieder die SPD als verlässlichen Partner in die Koalition zurück. Von der schwarz-gelben Traumehe vor einem Jahr ist nicht mal eine Vernunftfehe geblieben, vielmehr ein Scherbenhaufen.

## Dinklage: Selber schuld?

Berlin ist weit weg und die Verhältnisse nicht zu ändern. Ist in Dinklage nicht alles besser? Weit gefehlt. Ideen- und Konzeptlosigkeit, mangelnde Führungskraft, immense Schulden und leere Kassen findet man auch in Dinklage. Eine mehrere Jahrzehnte lange CDU-Mehrheit steht in erster Linie für eine verfehlte Wirtschaftspolitik, die aufgrund mangelnder Weitsicht die Gewerbeansiedlung vernachlässigt hat. Die Umgehungsstraße als Erschließungsstraße für Gewerbe und weniger als Entlastungsstraße kommt 30 Jahre zu spät. Aber auch die letzten 10 Jahre unter Bürgermeister Moormann brachten keine neuen Impulse, geschweige denn eine Wende. Der Stillstand wurde zementiert. So kann und darf es nicht sein, dass sich der Bürgermeister im Vorfeld der Bauleitplanung gegen eine Gewerbeansiedlung stellt und diese öffentlich zerredet. Das hat eine fatale Außenwirkung. Demzufolge fehlen bzw. stagnieren die Einnahmen, während neue Herausforderungen besonders im sozialen Bereich die Ausgaben anwachsen lassen. Gepaart mit falschen, aber auch notwendigen richtigen Investitionen kommt es zur Überschuldung. So haben sich in den letzten 10 Jahren die Schulden von einst 8,5 Millionen Euro fast verdoppelt.

Neuanfang ist notwendig: bei den Ideen, in der politischen Arbeit und bei der Verantwortlichkeit. Am 11. September 2011 haben die Bürger die Chance für einen Wechsel in Dinklage.



## Kommunalwahl 2011

**SPD** Den Wechsel wagen.

## Am Ausstieg festhalten



Bundespolitische Themen finden eigentlich nur zu Wahlen Berücksichtigung in UNSER ORT.

Die Atomlobbypolitik der Bundesregierung soll hier eine Ausnahme machen. Ohne jede Scham verteilt die Bundesregierung Milliarden geschenke an die Atom-Lobby und sichert ihre Zusagen auch noch in dubiosen Nebenverträgen rechtlich ab.

Die damalige rot-grüne Regierung hatte vor rund zehn Jahren beschlossen, dass der letzte Meiler 2022 vom Netz gehen muss. Jetzt wird das letzte Kraftwerk wohl erst 2040 abgeschaltet. Die ältesten Meiler sollen acht Jahre, Atomkraftwerke, die nach 1981 gebaut sind, 14 Jahre länger laufen dürfen. Wenn die Konzerne allerdings ältere Reaktoren aus wirtschaftlichen Gründen früher als geplant vom Netz nehmen und deren Reststrommengen auf neuere AKWs übertragen, könnte sogar bis etwa 2050 Atomstrom in Deutschland produziert werden.

Fakt ist aber auch, dass keines der 17 deutschen Kernkraftwerke baulichen Schutz vor Terroranschlägen aus der Luft mit Passagierflugzeugen und keines der 17 deutschen Kernkraftwerke im Falle einer Kernschmelze Schutz vor Verstrahlung der Umwelt bietet. Alle 17 deutschen Kernkraftwerke wären nach dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik nicht mehr genehmigungsfähig.

Die Vorfälle im Kraftwerk Krümmel zeigen, dass es auch in Deutschland keine absolute Sicherheit gibt. Das Zwischenlager Gorleben und im Besonderen das ehemalige Bergwerk und Atomklo Asse II verdeutlichen die Problematik mit dem anfallenden Atommüll. Wie kann man ernsthaft an Atomenergie länger festhalten wollen als unbedingt nötig?

Überlegungen der schwarz-gelben Bundesregierung, längere Laufzeiten für Atomkraftwerke nach Vorbild der UMTS-Mobilfunklizenzen zu versteigern und die Atomendlager auf Dritte zu übertragen, lassen erahnen, worum es eigentlich geht. Teilhabe an den Gewinnen der Atomindustrie in Milliardenhöhe auch auf Kosten der Sicherheit. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung dürfte sich bis 2027 verdoppeln. Mit 38,6 Prozent würde der Ökostrom dann rechnerisch bereits 2021 den Atomstrom überflüssig machen, sagt selbst das Bundesumweltministerium im Entwurf des „Nationalen Aktionsplans für erneuerbare Energie“. Große Teile der Gesellschaft fühlen sich von der Bundesregierung durch die energiepolitischen Trickereien zum Narren gehalten.

## Bildung und gesellschaftliche Teilhabe für alle Kinder

Das Bundesverfassungsgericht hat die bisherigen pauschalen „Hartz-IV“-Regelsätze für verfassungswidrig erklärt und eine Neuberechnung verlangt. Besonders die individuellen Bedürfnisse der knapp zwei Millionen Kinder in sog. Hartz-IV-Familien müssen berücksichtigt werden. 3,11 Euro pro Tag und Kind für Essen, schulische Veranstaltungen, Nachhilfe, Sportangebote, Musikschule, Schwimmbadbesuche etc. reichen nicht aus.



Auch der neue Vorschlag der CDU-FDP-Bunderegierung, fünf Euro im Monat mehr zu bezahlen, wird daran nichts ändern. Gerade für diese Kinder ist es wichtig am kulturellen und sozialen Leben einer Gemeinde teilzunehmen und dazu zu gehören. Auf Bundesebene wird daher über die Einführung der Bildungs-Chipkarte diskutiert. Die Bundesregierung will den betroffenen Familien Sachleistungen und keine direkten Geldleistungen zukommen lassen. Die Christ- und Freidemokraten unterstützen diesen Familien, Geldleistungen nicht für die eigenen Kinder zu verwenden. Auf kommunaler Ebene kann solch eine Karte vielleicht vernünftig eingesetzt werden. Aber ein vom Bund eingesetztes Kartensystem ist zu weit weg von den Angeboten vor Ort. Es verkompliziert die Sache, verursacht hohe Kosten und produziert Bürokratie. Von Effizienz nicht zu sprechen. Stattdessen sollten Bund und Land die Kommunen sach- und aufgabengerecht mit finanziellen Mitteln ausstatten, um für alle Kinder schulische, soziale und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Wer Kindern helfen will, muss die Kommunen in die Lage versetzen, eine breite Palette an öffentlichen Angeboten zu ermöglichen.

In **Dinklage** gibt es seit 1998 den Familienpass mit dem Ziel, Familien mit besonders geringem Einkommen eine bessere Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Der Familienpass kann von Familien mit zwei oder mehr bzw. von Alleinerziehenden mit einem oder mehr Kindern beantragt werden. Zurzeit gibt es seitens der Stadt u.a. Ermäßigungen bei Abwassergebühren, Kursgebühren für Weiterbildung und den Eintrittspreisen im Hallen- und Freibad sowie Einschulungsbeihilfen und Gebührenbefreiung für Geburtsurkunden und Kinderausweise. Auf Anregung der SPD-Fraktion sollen auch Vereine und Verbände ihrerseits zur Förderung der Familien beitragen und bei Vorlage des Familienpasses eine Mitgliedschaft im

Verein oder Verband ermöglichen. Eine beitragsfreie Mitgliedschaft in den Dinklager Vereinen und Verbänden würde diesen Kindern, deren Anzahl nicht besonders groß ist, eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und eine Integration in die Gemeinschaft ermöglichen. Offiziell ermöglicht zurzeit die Bücherei bei Vorlage des Familienpasses die kostenlose Ausleihe. In einigen Vereinen und Abteilungen wird dieses zurzeit inoffiziell geregelt bzw. geduldet. Bei Vereinen, die Zuschüsse oder Aufwendungen für kommunale Aufgaben erhalten, sollte man die beitragsfreie Mitgliedschaft für diese Kinder und Jugendlichen erwarten und sofern erforderlich offiziell festschreiben.

## **In eigener Sache:**

**Weitere Infos finden Sie unter [www.spddinklage.de](http://www.spddinklage.de)**

**Wer Interesse an Berichten aus der SPD-Fraktion hat, kann sich durch eine Mail mit seinem Namen an [news@spddinklage.de](mailto:news@spddinklage.de) in eine Verteilerliste eintragen.**

	<b>UNSER ORT</b>	<b>Nr. 68</b> <b>Okt. 2010</b>
<b>Herausgeber:</b> SPD-Ortsverein Dinklage Kiwittshöhe 8a · 49413 Dinklage Tel: 0 44 43 / 9 15 15		
<b>Titelbild:</b> Diedel Heidemann		
<b>Gesamtherstellung:</b> Druckerei B. Heimann Burgstraße 4 · 49413 Dinklage		

**Redaktion: Matthias Windhaus,  
Andrej Stöltzing, Paul Knapwerth,  
Martin Vodde, Ludger Seelhorst**



## Aktuell aus Rat und Ausschüssen

### 2010-10 Ganztagschule Höner Mark

Dem Antrag der Grundschule Höner Mark zur Errichtung einer offenen Ganztagschule zum Schuljahr 2011/2012 wird zugestimmt. Für die baulichen Maßnahmen und Anschaffung der notwendigen Einrichtungsgegenstände wird im Haushalt 2011 ein Betrag von 45.000 Euro aufgenommen. Für die Regelung der Mittagsversorgung werden jährlich 5.500 Euro Personalkosten eingeplant. Gleiches gilt für die Energiekosten. Die Dinklager SPD fordert schon seit langem Angebote ganztäglicher Betreuung an allen Dinklager Schulen, um Schüler umfangreicher zu fördern und zu unterstützen sowie einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Kindererziehung und Berufstätigkeit der Eltern zu leisten. Zurzeit organisieren die Schulen das außerhalb des Systems Ganztagschule, auch unterstützt durch die Horte des Vereins Pro Jugend. Mit der Einrichtung von Ganztagschulen können die vorhandenen Strukturen ergänzt und verzahnt werden.

Dass jetzt CDU und FDP kein zusätzliches Geld in den Haushalt für Ganztagschulen einstellen, ist ein bildungspolitisches Armutszeugnis dieser Landesregierung. Bund und Land fordern in Sonntagsreden Ganztagschulen, bezahlen sollen es aber die Kommunen, die oft sowieso kein Geld mehr haben.

### 2010-10 Clemens-August-Werk Dinklage

Der jährliche Zuschuss der Stadt Dinklage an das Clemens-August Werk wird ab 2010 um jährlich 2.000 Euro auf 14.552 Euro erhöht. Die für 2010 zusätzlichen Haushaltsmittel müssen überplanmäßig gedeckt werden.

### 2010-10 Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Der Stadtrat muss für das Haushaltsjahr 2009 insgesamt 54.000 Euro als überplanmäßige Ausgabe für die Abrechnung der Kindergartenjahre 2004 bis 2007 genehmigen. Für das Jahr 2010 sind 76.000 Euro (u.a. Sanierung der Toiletten Kindergarten St. Catharina und Ausbau verlängerter Riedenweg) als überplanmäßige und 150.000 Euro (u.a. Brandschutz Aula) als außerplanmäßige Ausgabe zu genehmigen. Da die Verwaltung die Abrechnungen für die Kindergärten nicht prüfen kann, soll auf Antrag der SPD-Fraktion die Abrechnung für das Kindergartenjahr 2007/08 vom Rechnungsprüfungsamt eingesehen werden.

### 2010-10 Hörster Feld

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB als Satzung beschlossen. In der Begründung zum Bebauungsplan wird auf das besondere städtebauliche Konzept „Seniorenwohnungen“ hingewiesen. Vom Bauherrn müssen zunächst für den kompletten Bebauungsplanbereich die Altablagerungen (frühere Mülldeponie) entsorgt werden, bevor der Bebauungsplan in Kraft gesetzt wird. Anlieger werden in ihren Rechten durch das Bauvorhaben nicht eingeschränkt. Als Straßename wird „Bussjans Wiese“ festgelegt.

### 2010-09 Dorferneuerung

Nach Auskunft der Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften Oldenburg (GLL) werden Fördermittel für **private** Dorferneuerungsmaßnahmen für 2010 nicht mehr bewilligt. Bis etwa März 2011 könnte mit entsprechenden Zusagen nicht gerechnet werden. Weiter ist davon auszugehen, dass die Fördermittel für Dorferneuerungsmaßnahmen insgesamt

gekürzt würden. Inhaltlich sei von einer Verschiebung zu Lasten privater und zu Gunsten öffentlicher Erneuerungsmaßnahmen auszugehen (so Bürgermeister Moormann).

Nach Ansicht der SPD ist diese Entscheidung des Landes eine absolute Lachnummer. Erst in diesem Jahr wurde in Dinklage die Dorferneuerung mit viel Brimborium gestartet. Private Investoren haben Planungen entwickelt und werden jetzt verschaukelt.

### 2010-09 Grünflächen

Der Auftrag für die Gestaltung der öffentlichen Grünflächen in den Baugebieten „Hof Kröger“ und „Mühlenbachtal“ wurde vergeben.

### 2010-09 Bushaltestelle Schulstraße

Zur weiteren Entlastung der Haltestelle Hörst soll für die Schüler nördlich des Eschweges bis zur Schulstraße eine neue Bushaltestelle an der Schulstraße eingerichtet werden. Nach wochenlanger Diskussion und einer schon vorgenommenen Verlegung der Bushaltestelle soll nun endgültig eine Haltestelle in unmittelbarer Nähe des Buswendeplatzes angelegt werden. Die SPD-Fraktion hatte diese vernünftige Lösung von vornherein beantragt, weil eine Haltestelle am Wendehammer sicherer ist und im Hinblick auf das noch zu errichtende Wartehäuschen auch von den Fahrschülern der Grundschule benutzt werden kann. Warum die mit dem Landkreis und dem Busunternehmen abgestimmte Lösung nicht sofort umgesetzt wurde, stößt nicht nur bei der SPD-Fraktion, sondern auch bei den Anliegern und dem Landkreis auf Unverständnis und Unmut. Fördermittel für ein Wartehäuschen sind beantragt.

### 2010-08 Defizitfinanzierung

Auf Initiative der SPD-Fraktion wird dem Antrag des Vereins Pro Jugend auf Defizitfinanzierung für den Hort Grundschule Kardinal-von-Galen zugestimmt und ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 3.500 Euro gewährt.

### 2010-06 Dorferneuerung

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird die Prioritätenliste für **öffentliche** Maßnahmen im Rahmen der Dorferneuerung festgelegt. Somit können kurzfristig Zuschüsse zu den im Plan vorgesehenen Maßnahmen beim Schweger Dorfgemeinschaftshaus bewilligt und bereit gestellt werden. Die Verbesserungen werden noch vor dem 850-Jahr-Jubiläum umgesetzt.



### 2010-05 Bücherei

Dem Bauantrag der katholischen Kirchengemeinde St. Catharina auf Errichtung einer Bücherei wird zugestimmt. Die Stadt Dinklage stellt 100.000 Euro im Rahmen des Konjunkturprogramms II zur Verfügung.



## **2010-05 Hausnummern**

Die „Verordnung über die Anbringung von Hausnummern in der Stadt Dinklage“ wird geändert. In erster Linie geht es darum, dass Hausnummern gut sichtbar – u.a. für Rettungsfahrzeuge – am Gebäude angebracht werden. SPD-Ratsmitglied Stölting hält die Neufassung der Verordnung für überflüssig, wenn die Nichteinhaltung nicht entsprechend geahndet werde. Er schlägt einen Appell an die mündigen Bürger der Stadt Dinklage vor, Hausnummern gut sichtbar am Gebäude anzubringen.

## **2010-05 Gedenkweg Kardinal-von-Galen**



Die Schwestern der Burg wollen mit Hilfe einer neu gegründeten Stiftung (OV berichtete) u.a. im alten Försterhaus ein Kardinal-von-Galen-Zentrum aufbauen. Seitens der Stadt soll ein Gedenkweg zwischen der Burg Dinklage und dem Stadtzentrum errichtet werden. In diesem Zusammenhang stellte Bildhauer Ferdinand Starmann aus Neuenkirchen dem Rat erste Überlegungen eines Modells vor. Mehrere Stationen zwischen Ortskern und Burg sollen an das Leben und Wirken des Kardinals erinnern. In dieser Angelegenheit soll ein Gremium aus drei Ratsmitgliedern und drei Vertreter aus dem kirchlichen Bereich gebildet werden. Erst auf Nachfrage der SPD-Fraktion werden im September die Mitglieder des Gremiums benannt. Bis heute hat die Verwaltung noch nicht zu einem Treffen eingeladen.

## **2010-04 Tierhaltungsanlagen im Außenbereich**

Auf Antrag der SPD-Fraktion geben Vertreter der Landwirtschaftskammer, des Landkreises und eines Ingenieurbüros einen Überblick über die Möglichkeiten der planungsrechtlichen Steuerung der baulichen Entwicklung von Tierhaltungsanlagen im Außenbereich. Bei der Steuerung von Tierhaltungsanlagen auf kommunaler Ebene handelt es sich um planungsrechtliches Neuland. Es besteht Einvernehmen, dass verhindert werden soll, alle freien Flächen in den Bauerschaften mit Tierhaltungsanlagen zu bebauen. Auf Antrag der SPD soll die Verwaltung eine Strategie entwickeln, wie mit der Entwicklung und Erweiterung tierhaltender Betriebe zukünftig umzugehen sei. Weiter soll geprüft werden, ob die Steuerung über den Flächennutzungsplan ausreicht oder ob ein anschließender Bebauungsplan aufgestellt werden muss.

## **2010-02 Feuerwehr**

Stadtbrandmeister Alfred Dinkelmann wird ab 01.01.2011 erneut für die Dauer von sechs Jahren zum Stadtbrandmeister ernannt. Sein Stellvertreter wird wie bisher Stadtbrandmeister Peter Nickel.

## **2010-03 Pony-Club**

Die Stadt Dinklage erteilt ihr Einvernehmen zum Antrag des Pony-Clubs auf Errichtung einer einseitig geschlossenen Abreiteplatzüberdachung.

## **2010-02 Ehrenamtliche Richter**

Von der Stadt Dinklage werden Heinrich Voet, Martin Vodde und Mechthild Bocklage als ehrenamtliche Richter beim Verwaltungsgericht Oldenburg vorgeschlagen. Endgültige Entscheidung trifft der Landkreis.

## Wettbewerbssituation bei der Energieversorgung schaffen

Konzessionsabgaben, als Reichssteuer schon eingeführt, muss jeder Empfänger von Gas und Strom (siehe Kleingedrucktes auf der Jahresrechnung) an den Netzbetreiber abführen. Ende 2012 laufen die Konzessionsverträge für Gas und Strom mit dem Energieversorger EWE aus. Dabei geht es erst einmal nur um den Netzbetrieb und nicht um die Versorgung. Die Städte haben mit Auslaufen der Verträge das Recht zur Übernahme der Netze. Während früher die Verträge oft stillschweigend im stillen Kämmerlein verlängert wurden, sollen und müssen die Verträge heute in einem sogenannten transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren neu vergeben werden. Die SPD-Fraktion will für die nächsten 20 Jahre die besten Konditionen für unsere Stadt und die Bürger herausholen und hat von Anfang an ein gemeinsames Vorgehen mit den anderen Nordkreiskommunen befürwortet. In den Südkreiskommunen läuft der Vertrag schon Ende 2011 aus.

Im Verbund mit anderen Kommunen hat man mit 90.000 Einwohnern eine erforderliche Mindestgröße, um besser verhandeln und im Falle einer Netzübernahme wirtschaftlich erfolgreich arbeiten zu können. Nach anfänglicher Skepsis konnten sich auch die beiden anderen Fraktionen im Dinklager Stadtrat zu diesem Entschluss durchringen. Inzwischen haben die beteiligten Kommunen Dinklage, Vechta, Lohne, Bakum, Goldenstedt und Visbek eine Anstalt des öffentlichen Rechts zur Durchführung des Vergabeverfahrens bezüglich der Wegenutzungsrechte für Strom und Gas gegründet.

Neben mehr Mitbestimmung für die Kommune bei der Energieversorgung und einer Versorgungssicherheit geht es auch

um Mehreinnahmen für die Stadtkasse. Da die Energieunternehmen so vehement mit allen Tricks den Betrieb der Netze verteidigen, kann man davon ausgehen, dass sich dort Geld verdienen lässt.

Ein denkbare Strukturmodell ist es, einen erfahrenden Partner aus der Energiebranche mit entsprechendem Know-How im Rahmen eines Beteiligungsmodells mit ins Boot zu holen. Ob darüber hinaus weitere Modelle für den Betrieb der Gas- und Stromnetze in Frage kommen, wird das weitere Verfahren unter Wettbewerbsbedingungen zeigen. Dass der bisherige Netzbetreiber EWE dabei in eine Konkurrenzsituation zu anderen gebracht wird, entspricht üblichem marktwirtschaftlichem Handeln. Dass gerade CDU-Politiker im Kreis sich dagegen sperren, verwundert den Außenstehenden ein wenig. Allen voran der CDU-Landtagsabgeordnete Stephan Siemer aus Vechta versuchte ohne Absprache mit den vor Ort Handelnden durch eine Eingabe beim Innenministerium das Vorgehen der Nordkreiskommunen zu torpedieren.

Nach Expertenmeinung können Städte und Gemeinden, wenn sie selbst für die Energieversorgung verantwortlich sind, den Weg frei machen für die Nutzung von regenerativer Energie. Auch die Versorgungssicherheit werde gestärkt, weil in kleineren Netzen deren Funktionstüchtigkeit einfacher zu gewährleisten sei, ebenso die viel bessere Ausrichtung auf den Bedarf.

**SPD** Politik in Dinklage

## Anträge nach § 39a NGO

Politische Diskussionen und Entscheidungen sollen und müssen auf breiter Basis in den Fachausschüssen geführt und vorbereitet werden. Erst abschließend soll im Rat bzw. Verwaltungsausschuss (VA) beschlossen werden. Hieran mangelt es derzeit in Dinklage. Ratsmitglieder, welche nicht dem VA (6 Ratsmitglieder plus Bürgermeister) angehören, fühlen sich nicht immer umfassend informiert und dadurch in ihrer Arbeit eingeschränkt. Auch das ständige Verschieben bzw. „Ausfallenlassen“ von Fachausschusssitzungen hindert die kontinuierliche Arbeit. Gerne werden vom Bürgermeister auch Punkte hinter verschlossener Tür im nicht-öffentlichen Teil einer Sitzung abgehandelt. Dabei sind generell die meisten Punkte von einem öffentlichen Interesse, nur wenige unterliegen den Kriterien der Nichtöffentlichkeit.

Gerade die Bewegung gegen „Stuttgart-21“ im Großen, aber auch Initiativen im Kleinen vor Ort zeigen, dass Bürger an den Diskussionen und Entscheidungen beteiligt werden wollen. Das ist gut so und hier ist die Politik in der Verantwortung. Wie dann Reaktionen ausfallen, wenn in einem demokratischen Abwägungsprozess Entscheidungen fallen, bleibt im Anschluss abzuwarten. Nach §39a der niedersächsischen Gemeindeordnung haben Ratsmitglieder das Recht im Rat und in den Ausschüssen Initiativanträge zu stellen. Die SPD-Fraktion nutzt dieses Instrumentarium, um wichtige Punkte in die politische Beratung zu bringen. So konnte u.a. die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes, um die Errichtung potenzieller Biogasanlagen nur an geeigneten Standorten zuzulassen, die Neustrukturierung der Präventionsarbeit, konkrete Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaktes, die Einrichtung einer Kinderkrippe für Unterdreijährige,

die Entschärfung der Situation an der Bushaltestelle Hörst durch Anlegung einer neuen Bushaltestelle, die kurzfristige Durchführung von Maßnahmen der Dorferneuerung insbesondere für die Bauernschaft Schwege sowie die Diskussion um die Notwendigkeit zur Steuerung der baulichen Entwicklung von Tierhaltungsanlagen im Außenbereich auf den Weg gebracht werden.

Von der Mehrheitsfraktion bzw. der Verwaltung blockiert wurden Anträge zur fortschreitenden Überplanung weiterer Flächen entlang der Umgehungsstraße im Rahmen einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik sowie Anträge zur konkreten Umsetzung der Maßnahmen auf Grundlage des 2007 beschlossenen Wirtschaftsförderungskonzeptes.

## So wird in Dinklage aber auch Politik gemacht

Seit 2001 beantragt die SPD-Fraktion die Durchführung von Energiesparmaßnahmen. Anfang 2005 empfiehlt das Bauamt die Umrüstung auf gelbes NAV-Licht (!), ein Energiekonzept soll erstellt werden. Firmen werden angeschrieben und 10 von ihnen nehmen Stellung bzw. geben ein Angebot zwecks Durchführung einer Energieberatung für kommunale Liegenschaften und für die Straßenbeleuchtung ab. Die CDU verweist die Angelegenheit in die Fraktion, somit wird das Thema nicht weiterverfolgt. Im neuen Rat wird das Thema 2006 wieder aufgegriffen und im Mai 2007 tragen zwei Büros im Bauausschuss vor. Sie geben ein Angebot mit der Empfehlung für gelbes NAV-Licht als kostengünstigste Variante ab. Ein drittes Ingenieurbüro will nicht im Bauausschuss vortragen, gibt aber ein Angebot ab und erhält, welch Wunder, auch den Auftrag. Im September stellt dieses Ingenieurbüro sein Energiekonzept vor, wobei das gelbe NAV-Licht keine Berücksichtigung findet. Im

November wird im Bauausschuss der zweite Entwurf des Energiekonzeptes dargestellt, welches eine Sanierung mit Kosten in Höhe von 290.000 Euro vorsieht. Das Gutachten gibt die Richtung „weißes Licht“ vor, so wie es von der CDU-Fraktion gewollt ist. Viele Lampen sollen ersetzt werden, da die alten Lampen auf weißes Cosmopolis-Licht nicht umrüstbar sind. Ein Vergleich zwischen Weißlicht und Gelblicht wird aus Sicht der SPD wieder nicht erbracht. So wird nicht geklärt, ob auch bei NAV-Licht so viele Lampen sofort getauscht werden müssen. Die CDU-Fraktion entscheidet sich für die teure Weißlicht-Variante (u.a. Cosmopolis), die im Nachhinein sogar Kosten von über 310.000 Euro verursacht.

Die SPD-Fraktion spricht sich bei der Umrüstung für die kostengünstige NAV-Beleuchtung aus, weil sich die Kosten (ca. ein Drittel) hierfür innerhalb weniger Jahre amortisieren, so dass mittelfristig entspre-

chend der neuen technischen Entwicklung auf LED-Technik umgerüstet werden kann.

Von Seiten der selbsternannten CDU-Energieexperten werden diese Aussagen der SPD als illusorisch dargestellt. In einer ersten energetischen Kosten-Nutzen-Analyse Anfang dieses Jahres seitens der Verwaltung finden aber die Annahmen der SPD-Fraktion ihre Bestätigung. Im Baugebiet Mühlenbachtal wird zum ersten Mal in der Stadt Dinklage die kostengünstige LED-Technik eingesetzt.

Die SPD wollte eine ökonomisch und ökologisch abgestimmte Umrüstung, die CDU stimmte für eine überteuerte Weißlichtvariante aus Prinzip. Bezahlen müssen es die Bürger. So was nennt man Fehlentscheidung und Fehlinvestition. Ein Fall für das Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung“ des Bundes der Steuerzahler?



**Hairline**  
Dinklage  
Inh. Petra Blömer

Clemens-August-Straße 27  
49413 Dinklage  
**Telefon: 04443/3366**

# 3mal Gastlichkeit in Dinklage

**05.12.10** Adventsfrühstücksbuffet

**25.12.10** weihnachtliches  
Mittagsbuffet

**31.12.10** Silvesterparty

**19.02.11** Kohlparty für Clubs,  
Vereine, Nachbar-  
schaften usw.

**Voranmeldungen erbeten!**



**Die Alternative!**

Gaststätte im Jahn-Stadion

**ANPFIFF** 

**Backstube**

**... Einfach anders!**

*Wir reservieren für Ihre Feiern*

Paul Suntken · Lange Straße 17 · Dinklage

Telefon 0 44 43/24 22

## Straßen- und Tiefbauunternehmen am Dinklager Ring

Die neue Umgehungsstraße dient nicht nur der Verkehrsentlastung im Ort, sondern soll auch neue Gewerbeflächen erschließen. So soll in Richtung Quakenbrück am Bahler Kreisel ein Straßen- und Tiefbauunternehmen angesiedelt werden, auf dessen Gelände auch Bauschutt recycelt werden soll. Aufgrund folgender Voraussetzungen wurde die Überplanung in Auftrag gegeben: das Straßen- und Tiefbauunternehmen siedelt nach Dinklage um, die mobile Recyclinganlage arbeitet für drei Wochen im Jahr, laut Lärmgutachten werden durch zeitliche Begrenzungen und das Anlegen eines 4 m hohen Walles die zulässigen Grenzwerte nicht überschritten, die Erschließung erfolgt von Seiten der Umgehungsstraße aus über die Bahler Straße. Im Verfahren der Bauleitplanung wird nun die Verträglichkeit des Standortes in Bezug auf weitere Immissionen und negative Einflüsse auf die angrenzenden Wohn- und Gewerbegebiete geprüft.

Die berechtigten Fragen, Anregungen und Bedenken der Anlieger werden in diesem Verfahren aufgenommen und müssen seitens der Verwaltung sauber und transparent abgearbeitet und beantwortet werden. Hier darf es nicht an Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und den Bürgern fehlen. Bei den Anliegern, die sich in einer Gruppe zusammengeschlossen haben und in legitimer Weise ihre Interessen vertreten, handelt es sich größtenteils um die Bewohner aus den Wohnbaugebieten Höveler Ring und Bahler Mark sowie aus dem Gewerbegebiet Bollinger Hövel. In einem Gewerbegebiet sind dabei höhere Immissionen zulässig als in einem Wohngebiet. Dass der Bürgermeister zum Teil falsche Annahmen und überzogene Befürchtungen der Anwohner nicht durch Aufklärung begegnet, ist mehr als ärgerlich. Dabei gibt es

einen klaren Auftrag seitens der Politik an die Verwaltung: Den Bebauungsplan vorbereiten, die Öffentlichkeit beteiligen, um dann darüber beschließen zu können. Im Rahmen der Bauleitplanung ist ein Übergehen der Bevölkerung daher nicht möglich und somit der Vorwurf einiger Anlieger in dieser konkreten Angelegenheit falsch. Dieser Fall zeigt mal wieder die Notwendigkeit eines Ansiedlungskonzeptes, um langfristig zu klären, wo welche Betriebe angesiedelt werden können und sollen. Die SPD-Fraktion hat das schon mehrfach beantragt, Bürgermeister und Mehrheitsfraktion haben sich aber immer dagegen ausgesprochen.

Auf den OV-Artikel der „Bollinger“ vom 13.10.2010 gab es unter [ov-online.de](http://ov-online.de) folgenden Kommentar:

*„Keine Panik!*

*Ich wohne in Wetzlar in Hessen. Hier wurde vor einigen Jahren eine ganze Kasernenanlage granuliert. Dank automatischen Wassereinsatz an den Crack-Maschinen konnte ich gar keine Staubentwicklung sehen. Der Lärm war mäßig, obwohl es keine Lärmschutzwände gab. Das Produkt, die zerkleinerten Kasernengebäude, sah aus wie ein großer Kieshaufen, und das Material wurde dann für die Einebnung des Geländes verwendet. In unmittelbarer Nähe befinden sich viele Büro- und Verwaltungsgebäude sowie ein sehr großes Neubaugebiet. Obwohl diese Aktion einige Wochen dauerte, habe ich niemals etwas Negatives darüber gehört oder gelesen.*

*Vorhandene Schadstoffe (...) müssen in Deutschland vorher (...) entsorgt werden. Der Unterschied ist halt nur, dass es kein Dauerzustand war.“*

Anmerkung der Redaktion: Auch in Dinklage soll für ca. drei Wochen im Jahr eine mobile Anlage in Betrieb gehen. Somit doch irgendwie vergleichbar.

## Biogas-Technologiezentrum

Das Bauvorhaben Envitec in Brockdorf gegenüber dem Burgwald auf Dinklager Seite stockt. Nicht mehr der Landkreis, sondern das Gewerbeaufsichtsamt ist für die Baugenehmigung zuständig (siehe OV vom 11.09. und 22.10.). Neben dem Hochwasserschutz ist laut Gewerbeaufsichtsamt auch die hohe Stickstoffbelastung, die durch die Landwirtschaft ohnehin schon höher ist, ein Problem, weil in der Nachbarschaft des Technologiezentrums der Burgwald liegt. Dieser ist ein besonders geschützter Bereich nach der sogenannten Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und damit Teil des europäischen Netzes Natura 2000. Genau auf diesen Sachverhalt hat die Dinklager SPD-Fraktion im Rahmen des Beteiligungsverfahrens der Stadt Lohne Ende letzten Jahres hingewiesen und eine entsprechende Stellungnahme verfasst:

*„Mit der Errichtung des Technologiezentrums ist eine weitere erhebliche Beeinträchtigung und damit Entwertung des Erholungsgebietes „Burgwald“ verbunden. Neben der erhöhten*

*Verkehrsbelastung und damit verbundenen Erhöhung der Unfallgefährdungen sind zusätzliche Belastungen des für Dinklage bedeutendsten Erholungsgebiets und erhebliche Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Natur anlagebedingt und betriebsbedingt zu erwarten. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf das der EU-Kommission gemeldete FFH-Gebiet Nr. 297 „Wald bei Burg Dinklage“ verwiesen. Die Stadt Dinklage erwartet hierzu eine qualitativ fundierte Vorprüfung und voraussichtlich die daraus resultierende Verträglichkeitsprüfung gem. § 34 BNatSchG“, so Andrej Stölting für die SPD-Fraktion. Die Dinklager CDU-Fraktion in ihrer selbst diagnostizierten „Fachkompetenz“ wischte alle Bedenken beiseite, akzeptierte den Standort in Brockdorf und beschränkte sich auf standortbedingte Anregungen wie Höhe und Größe von Gebäuden und Werbeanlagen. Die Stadt Lohne wurde unverbindlich aufgefordert, ihre Planungen zu überarbeiten. Dass diese Stellungnahme der Stadt Dinklage, verfasst von der CDU, nichts bewirken würde, war allen Beteiligten im Vorfeld klar.*

### Ihr Partner für ...

- Volkswagen und Audi-Automobile
- Jahreswagen
- Gebrauchtwagen
- Ersatzteile
- VVD - Volkswagen Versicherungsdienst
- Kundendienst
- Fachmännische Unfallreparaturen
- TÜV + AU-Abnahmen
- Eigene Mietwagen



**Audi**  
Service

**AUTOHAUS  
RUHE**

Quakenbrücker Str. 17 · 49413 Dinklage  
☎ 04443/3042 · [www.autohaus-ruhe.de](http://www.autohaus-ruhe.de)



GMBH



Nutz-  
fahrzeug-  
service



## Aus dem Kreistag

### Übernahme der EWE-Anteile an der AWW



SPD-Kreistags-  
abgeordneter

Der Landkreis Vechta übernimmt ab 2011 die Anteile der EWE an der Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWV). Seit der Gründung im Jahr 1995 waren der Landkreis mit 51 Prozent und die EWE mit 49 Prozent Gesellschafter. Gründe hierfür

sind veränderte rechtliche Vorgaben. Werden außerdem zukünftig in der dann „kreiseigenen“ AWW-Biogasanlage höhere Einnahmen erzielt, kommen diese den Gebührenzahlern zugute.

### Jobcenter

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende im Landkreis Vechta, die bisher durch die ARGE geleistet wurde, wird ab 2011 gemeinsam mit der Bundesagentur in einem Jobcenter weitergeführt. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2007 ist die Zusammenarbeit von Bundesagentur (BA) und Kommunen in der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) eine unzulässige Mischverwaltung. Nach entsprechender grundgesetzlicher Änderung wurde das Zusammenwirken von Bund und Kommunen derart zugelassen, dass ab 2011 die Leistungen in einem Jobcenter als gemeinsame Einrichtung erbracht werden

können. Das Jobcenter ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung nach § 44 b SGB. Die Möglichkeit als sog. Optionskommune in alleiniger Verantwortung das Jobcenter zu führen wurde schon 2005 seitens des Landkreises verworfen. Diese Entscheidung ist jetzt nicht mehr rückgängig zu machen. Vorteile der kommunalen Trägerschaft liegen in der klaren Organisationsstruktur sowie in vor Ort besser angepassten Handlungsspielräumen. Fakt ist, dass die Kommunen durch die gemeinsame Einrichtung nicht nur Verantwortung, sondern auch Einfluss abgeben haben.

### Radweg Wulfenau/Gut Lage

Der Ausbau des Radweges an der Kreisstraße 280 in Wulfenau sollte entsprechend dem Investitionsprogramm des Landkreises in diesem Jahr erfolgen. Nach Auskunft der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr werden aber für das Jahr 2010 keine Fördermittel gem. dem Entflechtungsgesetz bereitgestellt. Grund hierfür ist die vordringliche Finanzierung der sogenannten Ortsentlastungsstraßen. Hierzu zählt auch die Umgehungsstraße in Dinklage. Kurzum: Das Land hat kein Geld. Der Ausbau lässt nun auf sich warten. Würde der Landkreis mit der Maßnahme vorzeitig beginnen, gäbe es keine Fördermittel des Landes mehr.



## Schulsanierung steht außer Frage

Es steht außer Frage, dass die Sanierung des Schulzentrums jetzt durchgeführt wird. Die Schule vor Ort ist mit das Wichtigste an Infrastruktur für eine Kommune wie Dinklage. Aus diesem Grunde hat der Rat auch Anfang 2007 die Erstellung eines Sanierungs- und Energiekonzeptes beschlossen und für Architekten- und Ingenieurleistungen 30.000 Euro im Haushalt eingestellt. Ferner hat die EWE einen Energiebericht erstellt. Nachdem im September 2009 die Ergebnisse der Untersuchungen und ein Kostenrahmen im Fachausschuss vorgestellt worden sind, haben die Fraktionen auf Antrag der SPD eine Gesamtsanierungsplanung einschließlich Ausschreibung in Auftrag gegeben und dafür 100.000 Euro im Haushalt 2010 eingeplant. Dass der Bürgermeister bis zur Schulausschusssitzung im September nichts Konkretes vorstellen konnte, liegt daher nicht an fehlenden finanziellen Mitteln, sondern eher an der Umsetzung. Die SPD fordert nun eine zügige Durchführung der Maßnahmen und setzt dabei auch auf den allgemeinen Stellvertreter Alfons Echtermann, der nach seiner Ernennung jetzt für den Bereich Schulen zuständig ist. Übergangsweise seit der Pensionierung des ersten Stadtrates Heinz Witte war Bürgermeister Moormann zuständig. Es darf nicht so laufen wie bei den Sanitäranlagen für den Hort im Schulzentrum. Die Sanierung hatte der Rat 2008 beschlossen, auf der jüngsten Schulbereisung mussten die Ausschussmitglieder feststellen, dass bis auf zwei Türdurchbrüche noch nichts passiert ist. Verständlicherweise durfte die anwesende OV-Redakteurin diesen Missstand nicht fotografieren.

## Nachruf - Presse vor Ort

Unabhängige Presse nimmt in Demokratien als Vierte Gewalt eine wichtige Kontrollfunktion ein. Von 2001 bis Ende 2009 berichtete Harding Niehues aus und über Dinklage in der Oldenburgischen Volkszeitung. Das Kürzel (nie) stand

dabei für einen investigativen und kritischen Journalismus, der zugegebenermaßen auch gern mal zuspitzte. Harding Niehues war dabei nie - wie sonst oft in anderen Kommunen beobachtet - „Hofberichterstatte“ des Bürgermeisters oder der Mehrheitsfraktion, sondern er scheute nicht die Konfrontation. Einige Beteiligte aus Politik und Verwaltung empfanden diese Berichterstattung oft zu negativ und sahen darin eher einen Boulevardjournalismus. Auch aus diesem Grunde kam ihnen der Wechsel des Redakteurs in die Lokalredaktion nach Vechta nur recht - vielleicht haben sie hinter den Kulissen auch mitgewirkt.

Auch wenn sich die Berichterstattung vielleicht zunächst geändert hat, die Arbeitsweise des Bürgermeisters blieb und ist die alte. Nur brauchte er nach Niehues Abschied morgens die Zeitung nicht mehr mit ungutem Gefühl aufschlagen. Desöfteren musste er früher wenigstens dann aktiv werden. Nach einer notwendigen Einarbeitungszeit hat sich auch die neue junge Redakteurin Janine Martin einen Überblick und genügend Insiderwissen verschafft und berichtet kritisch angemessen über Dinklage. Es wird wieder ungemütlicher für unseren Bürgermeister. Der OV-Redakteurin vor Ort wünschen wir Standvermögen auf dem zuweilen holprigen und glatten Parkett in Dinklage.

## Entfremdet

Bürgermeister Moormann und sein früherer Adlatus Heitmann, Fraktionsvorsitzender des Bürgerforums, haben sich entfremdet. Ja, sie sind sich nicht mehr grün. Was haben Heitmann und Co. nicht vor der Wahl 2006 für den Bürgermeister die Trommel gerührt. „Schuld“ waren immer die anderen. Nach nur einem Jahr sind die früheren „Moormänner“ schwer enttäuscht. „Wir haben uns das so nicht vorstellen können“, so ihr Resümee. Das nennt man wohl „Angekommen in der Realität“. Bleibt nur die Frage, ob die Leute dem Bürgerforum jetzt glauben, da sie vor der Wahl etwas anderes gesagt haben.

## Haushaltskonsolidierung

Können Kommunen ihren Haushalt nicht ausgleichen, müssen sie bei der Kommunalaufsicht parallel ein Konzept zur Konsolidierung vorlegen. Das notwendige Konzept für 2010 umfasste im Wesentlichen die SPD-Anträge der letzten Jahre. Daraufhin vermutete Ratsherr Böhmkner vom Bürgerforum, dass die CDU doch keinem Haushalt zustimmen würde, der eine Vielzahl von SPD-Anträgen enthalte. Haben sie aber doch. So ist das Prinzip: Anträge aus der Opposition werden erstmals abgelehnt, kommen später aber in einem anderen Gewand wieder.

## Löcher stopfen

Die Stadt Dinklage hat kein Geld. Das ist bekannt. Für die Sanierung des Schulzentrums werden 2,5 bis 3 Mill. Euro benötigt. Die Elternvertreter der Dinklager Schulen kamen nun auf die Idee, dass die Jugendmusikschule mit einem Jahresetat von 106.700 Euro auf Zuschüsse verzichten solle. Wenn nicht noch andere verzichten, wird die Sanierung aber recht lange auf sich warten lassen. Bürgermeister Moormann will den Vorschlag bei den Haushaltsberatungen prüfen. Interessant ist auch sein eigener Sparvorschlag, in diesem Jahr auf den Kulturpreis zu verzichten und ins nächste Jahr zu schieben. Bei Aufwendungen von 3600 Euro sind bei einem ortsüblichen Zinssatz Einsparungen von gut 100 Euro möglich. So kommt er dem Ziel, die Schulden der Stadt unter 10 Millionen Euro zu drücken (CDU-Forderung) recht langsam nahe. Insider vermuten, dieser Sparvorschlag sei aus der Not geboren. Man habe schlichtweg die Auslobung des Preises vergessen und rette sich in nächste Jahr.

## Spielplatz am Eschweg/Ecke Heinrichstraße

Für den Verkauf einer Zuwegung zu einem Spielplatz Ecke Eschweg/Heinrichstraße gibt es aus städtischer Sicht keinen vernünftigen Grund. Weder der von den Befürwortern angeführte Verkaufserlös für 100 Quadratmeter, noch der nunmehr geringere Pflegewand wiegen den Verlust einer Zuwegung auf. Auch die Aussage, Kinder könnten einen kleinen Umweg laufen, ist nicht überzeugend. Eine familienfreundliche Stadt sollte Spielplatzflächen vorhalten und attraktiv gestalten, die von vielen Seiten erreichbar sind. Dann kommen auch mehr Kinder. Wäre der Anlieger und Käufer kein Ratsmitglied, wäre der Antrag, wie schon zweimal zuvor, abgelehnt worden. Durch diesen Beschluss gegen die Stimmen der SPD-Fraktion entsteht in der Öffentlichkeit nun wieder der Eindruck der Mauschelei und Vorteilsnahme ganz nach dem Motto: „*Tu ich dir einen Gefallen, tust du mir einen Gefallen.*“ Der Rat muss aber in erster Linie die Interessen der Allgemeinheit vertreten.



# UNSER ÖRTCHEN

## HUMOR - SATIRE - SPASS

Briefe  
an die Leser



Warum, **CDU-Dinklage**,  
hört man nichts von Euch? Gibt es Euch  
nicht mehr oder habt Ihr nichts mehr zu  
sagen?

**Das wüsste gern Euer Örtchen.**

Für Sie, **Bürgermeister Moormann**,  
ist die Erfindung eines Problems oft wich-  
tiger als das Finden einer Lösung.

**Stellt immer wieder fest Ihr Örtchen.**

Nach Jahren der Beobachtung, **CDU-  
Ratsmitglieder**,

stellen wir fest: Es gibt Dinge, die kann man  
nicht sehen, die muss man glauben. Und  
es gibt Dinge, die muss man sehen und  
kann sie nicht glauben. Und es gibt Sie,  
CDU-Ratsmitglieder, da kann man nicht  
glauben, dass Sie noch einer sehen will.

**Davon ist überzeugt Ihr Örtchen.**

**Liebe Dinklager**,

die nächsten Stadtratswahlen sind frei und  
kostenlos. Aber tut uns den Gefallen, dass  
sie nicht umsonst sind.

**Bittet Ihr Örtchen.**

Kluge Männer, **Ratsherren Tepe und  
Windhaus**,

machen nicht alle Fehler selbst. Sie geben  
auch anderen eine Chance.

**Behauptet Ihr Örtchen.**

Der Wunsch, **Ratsvorsitzende Vossmann**,  
klug zu erscheinen, verhindert oft, es zu  
werden!

**Dies erkannte schon früh Ihr Örtchen.**

Ihre Lieblingsfrage, **Herr Bürgermeister**,  
„Wie bekommen wir die Kuh vom Eis?“  
ist einfach zu beantworten: Warten bis  
Tauwetter kommt!

**Wissen die Wetterfrösche  
vom Örtchen.**

Nicht immer, **Ratsherr Pekul**,  
sind die Stillen die Weisen. Es gibt auch  
Truhen, die leer sind.

**Diese alte Weisheit kennt schon  
lange Ihr Örtchen**

Politik, **Ratsherr Heitmann**,

ist die Kunst, Brände zu löschen, die man  
selbst gelegt hat.

**Beobachtete Ihr Örtchen.**

Wir machen uns, **liebe Leser**,  
lieber einen Feind, als dass wir auf eine  
Pointe verzichten!

**Mit satirischen Grüßen Ihr Örtchen**

*Matthias Windhaus*



*Udo  
Quaschigroch*

*Martin Vodde*



 **Wir vertreten  
Ihre Interessen.**  
**SPD -Fraktion im  
Dinklager Stadtrat**



*Wessel  
Märhlein*



*Andrej  
Stölting*

## Zu guter Letzt ...

12.02.2011 – Kohlessen des SPD-Ortsvereins Dinklage im Saale Suntken.



 **Ich will hier rein!**  
Mitglied werden in der SPD.

Beitrittserklärung

Name, Vorname	
Straße, Nummer	
PLZ, Ort	
Telefon	E-Mail
Geburtsdatum	Unterschrift

 **Ich will hier rein!**  
Mitglied werden in der SPD.

**SPD** - Ortsverein  
Andrej Stölting  
Kiwittshöhe 8a  
49413 Dinklage



# B HAUSGERÄTE BAHLMANN

Kundendienst für alle  
Elektro-Haushaltsgeräte

Waschen, Spülen, Staubsauger,  
Trocknen usw. alle Kleingeräte

BURGSTRASSE 32 · 49413 DINKLAGE

TEL. 0 44 43/50 69 70 · FAX 0 44 43/50 69 71 · HAUSGERAETE-BAHLMANN@EWETEL.NET



Layout

Digitaldruck

Offsetdruck

Verarbeitung

Versand

heimann  
druckerei



druckerei b. heimann gmbh  
burgstraße 4 · 49413 dinklage  
fon 0 44 43 50 620-0  
fax 0 44 43 50 620-20  
info@druckerei-heimann.de